

Gehr ernste Wiener Kohlenjorgen.

Die städtischen Kohlenvorräte sinken noch weiter. —
Unsichere Aussichten der Neueinteilung. — Angeblich
keine privaten Uebersvorräte.

Die Lage jenes überwiegenden Teiles der Wiener Bevölkerung, der sich keine Kohlenvorräte anschaffen konnte, drängt zu den raschesten Entschlüssen. Wenn nicht schnelligt Hilfe kommt, so steht Wien vor der ernstesten Kohlennot, die seit Kriegsausbruch zu verzeichnen war.

Die Kohlenvorräte im städtischen Gaswerk, ebenso wie die des Elektrizitätswerkes und der städtischen Kohlenplätze sinken stetig. Sie betragen im Gaswerk nur noch 54.000 Tonnen, im Elektrizitätswerk 44.000 und auf den städtischen Kohlenplätzen 9500 Tonnen.

Die Versorgung der minder- und mindestbemittelten Bevölkerung, rund 75.000 Rayonierete, durch die städtischen Verkaufsplätze würde bei einem Bedarfe von nur 100 Waggons Braunkohle täglich, falls nicht genügende neue Zusätze eintreffen, nur für neun Tage gedeckt sein. Wie es aber mit den Zusätzen aussieht, beweisen die sinkenden Vorräte. Mit den größten Schwierigkeiten und nur auf Umwegen ist es möglich, Kriegsgefangene zur Arbeitsaufnahme beigelegt zu erhalten.

Die neuen Kohlenkarten werden wohl ausgegeben werden, aber ihre Einlösung macht schwere Sorgen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß nur sehr geringe Zimmerbrandmengen zur Abgabe kommen. In diesem Falle soll aber wenigstens der volle Küchenbrand mit 30 Kilogramm wieder ausgegeben werden.

Die Kohleneinlagerungen der Haushalte und Unternehmungen Wiens sollen heute angeblich nur ein Sechstel der vorjährigen Ziffer betragen. Das sind jedoch nur die überwachten und vorgemerkten. Durch Schleichhandel ist ein großer Kohlenvorrat in private Hände gelangt und der Umfang der geheimen Einlagerungen ist sicher eine viel größere als angenommen wird.

Im Vorjahre haben 113.000 Haushalte Vorräte einbekannt. In einem Hause im Rathhausviertel bezog ein einziger Haushalt auf einmal zwei Waggons Kohle. Die Polizei schritt ein und bestrafte die Inhaber. Die Kohle blieb ihm aber überlassen, obwohl die Vormerkung erfolgte.

Die Frage des Nachschauhaltens und der Abnahme überschüssiger Kohlenvorräte begegnet großen „technischen“ Schwierigkeiten. 500.000 Haushalte er-

fordern bei nur je viertelstündiger Nachschau 125.000 Stunden der Durchsuchung. Hierzu ist das nötige Personal nicht vorhanden, ebensowenig das Fuhrwerk zur Abfuhr. Auch glaubt man behördlicherseits an kein nennenswertes Ergebnis.

Man wird sich doch entschließen müssen, den Vorschlag auszuführen, den wir vor Jahresfrist in ähnlicher, wenn auch lange noch nicht so verzweifelter Lage gemacht haben. Er zielt auf die einzig mögliche vollständige Erfassung der privaten Vorräte ab. Wir schlagen vor, die Hausbesitzer oder Hausverwalter und Hausbesorger, diese aber unter Mitthaltung des Hausbesitzers, mögen verpflichtet sein, an einem bestimmten Stichtage die Vorräte sämtlicher im Hause wohnender Personen bei der Behörde anzugeben. Kohlen, sagten wir damals, sind keine Waren, die man verstecken kann. Der Hausbesorger und durch ihn der Hausbesitzer müssen wissen, wieviel jeder einzelne im Keller liegen hat und so könnte man mit einem Salage fast lückenlos feststellen, wie groß die Vorräte und wie sie verteilt sind. Selbstverständlich müßte die Pflicht des Hausbesorgers auch in den Häusern gelten, die von hohen und reichen Leuten alleinbewohnt sind. Dort sogar — aus naheliegenden Gründen — ganz besonders.

Es wäre auch heuer noch nicht zu spät und man sollte einen so zweckmäßigen Vorschlag nicht nur deshalb unbeachtet lassen, weil er keinem Verwaltungsjuristen, sondern einem ganz schlichten, aber einigermaßen lebenserfahrenen Zeitungsblatt eingefallen ist.